

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands**
Ortsverein Gedern/Kefenrod/Hirzenhain



Gemeinsam weiterdenken

Wahlkampfprogramm der
SPD Gedern-Kefenrod-Hirzenhain
-November 2020-

Inhalt

Vorwort

1. Handlungsfeld Sozialpolitik
 - 1.1. Familie / Kinder / Jugendliche
 - 1.2. Leben im Alter
 - 1.3. Inklusion und Integration
2. Handlungsfeld Gesundheitspolitik
3. Handlungsfeld Umweltschutz und Tourismus
 - 3.1. Umweltschutz
 - 3.2. Tourismus
4. Handlungsfeld Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung

Vorwort

Obwohl kommunalpolitisches agieren im Wesentlichen durch das tagespolitische Geschehen bestimmt wird, bietet das Erstellen eines Wahlkampfprogramms immer wieder eine gute Gelegenheit, sich mit der gegenwärtigen Situation und den daraus resultierenden Handlungsfeldern auseinanderzusetzen. Aus den hieraus entstandenen Überlegungen ist dieses Wahlkampfprogramm unter dem Motto „Gemeinsam weiterdenken“ entstanden.

Wir möchten Kommunalpolitik weiterdenken, Antworten auf die Fragen von Morgen finden. Hierzu gehört für uns als Sozialdemokraten in erster Linie eine gute Sozialpolitik. Als positives Beispiel kann hier die Aussetzung der Kita-Gebühren in Gedern für die Zeit des ersten Lockdowns genannt werden. In unseren Augen eine Wertschätzung gegenüber denen, die in systemrelevanten Berufen arbeiten. Natürlich sehen wir unter anderem im Bereich der Jugend- und Familienpolitik noch viel Potential für Verbesserungen, nur so kann u.a. dem demographischen Wandel entgegengetreten werden.

Auch im Bereich Gesundheitsvorsorge sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Wir als Sozialdemokraten vertreten die Ansicht, dass eine ausreichende Versorgung an Haus- und Fachärzten vor Ort unabdingbar ist. Es kann und darf nicht sein, dass man für einen Besuch beim Hausarzt 20 km Fahrt in Kauf nehmen muss. Hier müssen neue Perspektiven erarbeitet werden, um einem Ärztemangel vorzubeugen.

Auch steht für uns der Umweltschutz weit vorne auf der Agenda. Wir haben mit 2020 den dritten Dürre-Sommer in Folge erlebt. Die Auswirkungen des Klimawandels sind mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Hier können und müssen Perspektiven geschaffen werden. So kann beispielsweise der Wasserverbrauch durch Regen- und Brauchwassernutzung ohne viel Aufwand reduziert werden. Auch werden wir uns mit der Wasserentnahme in Richtung Rhein-Main-Gebiet auseinandersetzen müssen. Eine Diskussion für eine Reduzierung erscheint uns unausweichlich.

Für uns bedeutet „Gemeinsam weiterdenken“ auch die verschiedenen Handlungsfelder miteinander zu verknüpfen. Beispielsweise ist ein gutes Gesundheitssystem für ein angemessenes Leben im Alter wichtig oder eine Weiterentwicklung des Tourismus ist stark mit der Regionalentwicklung verknüpft.

In diesem Sinne nehmen wir Sozialdemokraten in Gedern, Kefenrod und Hirzenhain den Auftrag der Wählerinnen und Wähler gerne an, um unsere Kommunen auch in Zukunft attraktiv, lebens- und vor allem liebenswert zu gestalten.

Gedern im November 2020

Sebastian Herbst

1. Vorsitzender SPD Gedern-Kefenrod-Hirzenhain

1. Handlungsfeld Sozialpolitik

1.1 Familie / Kinder / Jugendliche

Auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Kommune hat die SPD bei uns gute Arbeit geleistet. Alle Kinder haben Anspruch auf einen Kindergartenplatz mit der Möglichkeit der Ganztagsbetreuung und flexiblen Öffnungszeiten. Dafür wurden rechtzeitig die Weichen gestellt.

Wichtige Herausforderungen für Familien ergeben sich aus den Lebensbedingungen auf der lokalen Ebene. Hier, im unmittelbaren Lebensumfeld der Familien, entscheidet sich ganz konkret die Frage nach der Kinder- und Familienfreundlichkeit der Gesellschaft. Kommunale Familienpolitik muss sich nach unserer Auffassung mit den veränderten Lebenssituationen und Lebensformen von Familien auseinandersetzen. Hierbei müssen die sozialen Verbände, Kirchen, Schulen, Vereine und freie Initiativen und unbedingt – dies betonen wir ausdrücklich – die heimische Wirtschaft mit einbezogen werden. Eine bedarfsgerechte Familienpolitik sichert unter anderem die Standortqualität und die Entwicklungschancen einer Kommune.

Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Kommune als Ziel familienpolitischer Aktivitäten und Angebote sollte einerseits durch familiengerechtes Verwaltungshandeln, andererseits durch die Förderung und Vernetzung von familienfreundlichen Maßnahmen verschiedener Akteure wie Kirchengemeinden, soziale Verbände, Vereine, Behindertenbeauftragte angestoßen werden. **Um ein „kommunales Management für Familien“ in Gedern einzurichten, schlagen wir als ersten Schritt einen „Runden Tisch“, der sich mit den vorhandenen Rahmenbedingungen für Familien beschäftigt und konkrete Vorschläge für einen weiteren Ausbau und Weiterentwicklung erarbeitet, vor.**

Für den runden Tisch können wir uns folgende Themenschwerpunkte vorstellen:

- Bauen und Wohnen (z.B. Baulandvergabe, Mehr-Generationen-Wohnen, Bau- und Wohnungsplanung)
- Erziehung und Betreuung von Kindern (Kindergarten, Spielgruppen, Tageseltern, Ganztagschulen, Hausaufgabenbetreuung)
- Spielen und Freizeit (z.B. Spielplätze, Gestaltung von Plätzen, Ferienprogramm)
- Familienberatung, -bildung, -information (z.B. Familienzentren, Volkshochschulen, Elternbriefe, Kurse, Seminare, Internetportale)
- wirtschaftliche/ finanzielle Angebote für Familien (z.B. Familienkarte, Hilfe in Notfällen, familiengerechte Staffelung von Gebühren, Unterstützung bei der digitalen Grundausstattung)
- Verwaltung und Politik (z.B. Spielecke im Rathaus, Familienförderplan für Verwaltungsangehörige, Broschüre sämtlicher familienfreundliche Angebote in Gedern und Umgebung)
- Bildung und Kultur (Bibliotheksangebote für junge Leser, Musikschule, Kinderkulturfest, offene Jugendarbeit)
- Treffpunkte und Netzwerke für Familien (z.B. Familiencafé, Spielgruppe, Projektgruppen, familienbezogene Selbsthilfegruppen)

Die beste Vorsorge für Kinder und Jugendliche ist Zuwendung und Bildung. Niemand darf zurückgelassen werden. Bildung wird nach unserer Auffassung nicht nur in den Schulen vermittelt, sondern beginnt schon in den Kindertagesstätten. **Weil frühkindliche Bildung ein wichtiger Schlüssel zum Bildungserfolg eines Kindes darstellt und weil der Zugang nach unserem Selbstverständnis kostenfrei sein muss, fordern wir gebührenfreie Kindertagesstätten.**

Gebührenfreie Kindertagesstätten halten wir für eine wichtige Maßnahme, um Familien mit Kindern finanziell zu entlasten, der jetzigen demografischen Entwicklung entgegen zu wirken, allen Kindern eine wirksame Chancengerechtigkeit zu ermöglichen und eine wirkungsvolle Integration im frühen Alter zu betreiben. **Gebührenfreie Kindertagesstätten können nur mit der Unterstützung von Bund, Land und Kreis realisiert werden.**

Jugendliche und junge Erwachsene als ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft müssen frühestmöglich in die politische Willensbildung eingebunden werden. Jungen Menschen sollte die Möglichkeit gegeben werden, mitzubestimmen und mitzugestalten. Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland noch jung. 1996 führte es Niedersachsen als erstes Bundesland auf **Kommunalebene** ein. Bis heute zogen neun weitere Länder nach. Auch in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt,

Schleswig-Holstein und Thüringen kann ab dem 16. Lebensjahr bei Kommunalwahlen gewählt werden. In Hessen gab es seit 1998 kurzzeitig das Wahlrecht ab 16. Die Änderung wurde 1999 durch die CDU-Regierung unter Roland Koch wieder rückgängig gemacht. **Wir Sozialdemokraten fordern die Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre für alle Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.**

1.2. Leben im Alter

Seniorinnen und Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft. Die Seniorenpolitik soll zukünftig noch ganzheitlicher betrachtet werden. Dabei werden nicht nur traditionelle Angebote ausreichen, sondern es müssen neue Ideen eingebracht werden, um den wachsenden Anforderungen und vielfältigen Interessengebieten der zukünftigen Generationen von Seniorinnen und Senioren gerecht zu werden. Dabei sind Angebote wie Nachbarschaftshilfen, Initiativen zur Erhaltung der Mobilität und Prävention wichtig.

Letztlich geht es darum, die Attraktivität unserer Stadt zu erhöhen, die Infrastruktur dem demographischen Wandel anzupassen und dabei langfristig die Lebensqualität weiterzuentwickeln. Es gibt keine Patentlösung für diese Aufgabe. Deshalb ist ein Maßnahmenbündel zu entwickeln, um Schritt für Schritt unter Berücksichtigung der jeweiligen finanziellen Situation der Kommunen, eine generationsübergreifende lebenswerte Region zu schaffen.

Für die Erreichung dieses Ziels setzen wir uns für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik ein, die durch ein ausbalanciertes Infrastrukturmanagement auch kinder- und familienfreundlich ist, der sozialen Ausgrenzung entgegenwirkt und eine aktive Integrationspolitik unterstützt.

Unsere Handlungsansätze für die Stadt Gedern:

- Förderung des Zusammenlebens von Jung und Alt
- Die Solidaritätsbereitschaft zwischen Jung und Alt begünstigen
- Unterstützung der Bildungsmöglichkeiten für Senioren: Alte Menschen lernen von den Jungen, Junge lernen von den Alten
- Barrierefreie Wege in der Stadt und in den Stadtteilen
- Fördern der Eigeninitiative bei der Gestaltung des eigenen Wohnbereichs
- Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten erleichtern durch seniorengerechte Bildungsstätten
- Die Zusammenarbeit mit den Seniorengruppen und Behindertenbeauftragten sowie allen Einrichtungen, die das Zusammenleben zwischen den Generationen verbessert
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt sowie in allen Stadtteilen
- Gemeinschaftsveranstaltungen wie Seniorenausflüge und Seniorennachmittage erhalten und weiter ausbauen
- Informationsveranstaltung zu seniorenrelevanten Themen z.B. durch Stadtteilkonferenzen oder Bürgerzentren
- Den eigenen Einsatz bei der Beseitigung erkannter Mängel belohnen und würdigen
- Die Einführung der Ehrenamtskarte in Betracht ziehen
- Demographie sensible Infrastrukturplanung im Auge behalten und Attraktivität als Wohn- und Lebensort langfristig aufrechterhalten
- die Flächenentwicklung durch Stärkung der Innenentwicklung gezielt steuern
- frühzeitig die Basis für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik schaffen (mit Schwerpunkten im bürgerlichen Engagement)
- Identität der Einwohner mit dem Standort stärken
- Attraktivität als Wohn- und Lebensort langfristig aufrechterhalten
- Bürgerbusse (z.B. für Einkaufs- und Arztfahrten) ergänzen den Öffentlichen Personennahverkehr. Die SPD unterstützt solche Initiativen vor Ort, indem sie die ehrenamtlichen bei der Planung und Umsetzung solcher Vorhaben aktiv berät

1.3 Inklusion und Integration

Im Jahr 2009 trat die Bundesrepublik Deutschland der UN-Behindertenrechtskonvention bei. Menschen mit Behinderungen werden hier nicht mehr als "Kranke" bezeichnet und betrachtet ("medizinisches Modell"), sondern als gleichberechtigte Menschen („Menschenrechtliches Modell“), deren Behinderung eher von außen durch Umwelt erfolgt. Durch den Abbau von Einschränkungen soll eine Teilhabe in allen Bereichen einer Gesellschaft ermöglicht werden (Inklusion).

Städte und Gemeinden bestimmen für die dort lebenden Menschen maßgeblich das Umfeld und die dazugehörigen sozialen Strukturen. D.h., in diesen Sozialräumen treffen Menschen aufeinander, tauschen sich aus, arbeiten und verbringen ihre Zeit gemeinsam. Sozialräume sind also Orte der Begegnung. Deshalb bieten Städte oder Gemeinden gute Bedingungen für eine erfolgreiche Inklusion.

Inklusion vor Ort gelingt nur, wenn Alt und Jung, Menschen mit und ohne Behinderung sich mit ihrer Lebenswelt auseinandersetzen, wenn sie sagen, was schon gut läuft, aber auch, was noch nicht funktioniert. Diese Wahrnehmung kann ein Anstoß für Veränderungen sein. Inklusion vor Ort gelingt aber auch nur, wenn die kommunale Verwaltung sie mitträgt. Sie muss sich mit dem Vorhaben identifizieren und davon überzeugt sein, dass mehr Inklusion die Gesellschaft voranbringt.

Eine entscheidende Aufgabe hat hier die Politik. Denn sie sollte die Ideen aus der Bevölkerung aufnehmen und die Kommunalverwaltung dazu veranlassen, die Inklusion vor Ort aktiv zu gestalten. Uns Sozialdemokraten ist es dabei wichtig, dass die Kommunalverwaltung den Inklusionsprozess stützt und motiviert. Damit aktiviert sie auch die Menschen vor Ort.

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein:

- Wege und Möglichkeiten zu erarbeiten, damit daheim für alle DAHEIM bleiben kann. Unsere Kommunen sollen bunte Gemeinden und eine attraktive Heimat für alle Bürgerinnen und Bürger sein und bleiben.
- Ideen zur Inklusion, Engagement, Vernetzungen und Kooperationen sollen gemeinsam mit allen Beteiligten weiterentwickelt werden.
- Gemeinsinn, Solidarität und somit das gesamte Gemeinwesen sollen durch Inklusion nachhaltig gestärkt werden.

Die Integration von Zuwanderern ist eine zentrale kommunale Zukunft- und Gemeinschaftsaufgabe. Sie kann nur gelingen, wenn Zuwanderern Chancen eingeräumt werden, ihren Ort in unserer Gesellschaft zu finden. Wir Sozialdemokraten sehen darin eine Chance und Bereicherung.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert eine nachhaltig wirksame Strategie vor allem vor Ort. Denn letztendlich kommt es auf das gute Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger an und dies kann nur gelingen, wenn alle kommunale Akteure gemeinsam die Herausforderungen aktiv annehmen und an entsprechenden Lösungen arbeiten. Wichtig sind hier vor allem drei Aspekte:

- die Vernetzung von Landes- Kreis- und kommunaler Ebene
- die Förderung von in diesen Bereichen tätigen Initiativen und Projekten sowie
- die qualitative Unterstützung von Ehrenamtsinitiativen.

Diese drei genannten Aspekte kann ein möglicher „Integrationsbeirat“ vor Ort initiieren und maßgeblich mitgestalten. Darüber hinaus kann ein „Integrationsbeirat“ als beratendes Gremium die Interessen von Menschen mit Migrationsgeschichte unabhängig von Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsdauer vertreten und die Teilhabe mit Migrationsgeschichte am kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben einer Kommune fördern. Deshalb halten wir Sozialdemokraten die Einsetzung eines „Integrationsbeirat“ für sinnvoll, weil auch die Bürgerinnen mit Migrationshintergrund eine Interessenvertretung haben und die Verwaltungen und Gremien einer Kommune zu allen Fragen der Migration von den Betroffenen angemessen beraten werden.

Neben einem „Integrationsbeirat“ sehen wir Sozialdemokraten folgende konkrete Handlungsfelder für eine gelingende Integration:

Sprachkenntnisse sind ein entscheidender Faktor für eine gelingende Integration. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten uns dafür einsetzen, dass in den Kommunen genügend Angebote wie z.B.

Sprachpatenschaften, Hausaufgabenbetreuung, Dolmetscherdienste etc. vorhanden sind, die Migrantinnen und Migranten helfen, Sprachbarrieren zu überwinden. Begegnungsstätten in den Kommunen sind Orte der Vielfalt und Innovation. Wir wollen interkulturelle Zentren und Räume wie z.B. in den Vereinen und bei Veranstaltungen in ihrer Arbeit unterstützen. Wir Sozialdemokraten sehen es als äußerst hilfreich an, wenn

alle Bevölkerungsgruppen angemessen in der Verwaltung vertreten sind. Denn bei der Integrationsbetreuung sollten die Bürgerinnen mit Migrationshintergrund für ihre Belange wie z.B. bei der Wohnungssuche, bei der Jobsuche und Behördengängen eine kompetente und angemessene Unterstützung auch in der Verwaltung finden.

2. Handlungsfeld Gesundheitspolitik

Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung auf dem Land sicherzustellen ist eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik.

Auch die grundsätzlichen Vorgaben und Patientenschlüssel durch Krankenkassenverbände und Kassenärztliche Vereinigung definiert werden, obliegt es den Gemeindevorständen und Gemeindevertretern bzw. Stadtverordneten und Magistraten, Bedingungen in ihren Kommunen zu schaffen, die es für Ärzte attraktiv machen, sich dort niederzulassen.

Zentrale Punkte für eine erfolgreiche und nachhaltige Gesundheitspolitik in unseren drei Kommunen sind aus Sicht der SPD:

- Ein gemeinsam mit dem Kreis entwickeltes Akquisekonzept zur Sicherstellung der Versorgung mit Allgemeinmedizinern ähnlich dem Modell, welches der Vogelsbergkreis entwickelt hat (www.arzt-im-vogelsberg.de) z. B. mit folgenden Elementen:
 - Stipendien für Medizinstudenten
 - Vergünstigungen für die Kinderbetreuung
 - Unterstützung beim Praxisaufbau
 - Bereitstellung von Grundstücken
 - Aufbau/ Bereitstellung eines Qualifizierungs- und Beratungsnetzwerkes
- Schaffung neuer bzw. Erhaltung der bestehenden kommunalen Einrichtungen (z. B. wie das Arzthaus Wenings)
- Entwicklung neuer integrierter Versorgungskonzepte wie z. B. kommunale MVZs (medizinische Versorgungszentren) gemeinsam mit dem Kreis und ggf. dem Gesundheitszentrum Wetterau
- Schaffung mobiler Behandlungsmöglichkeiten
- Enger, regelmäßiger Austausch mit den bereits vor Ort tätigen Haus- und Fachärzten o.g. Institutionen

Eine qualitativ und quantitativ angemessene Ausstattung mit Allgemein- und Fachärzten ist zudem nicht nur ein wichtiges Infrastrukturelement für die vorhandene Bevölkerung und trägt so zu einer höheren Lebensqualität und -zufriedenheit bei. Es ist auch ein zentrales Element und Standortfaktor für die Entscheidungsfindung ob sich Neubürger bei uns niederlassen.

3. Handlungsfeld Umweltschutz und Tourismus

3.1. Umweltschutz

Die SPD begrüßt ausdrücklich das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für den Umweltschutz. Der Erhalt von Streuobstwiesen, das Anlegen von Blumenwiesen, Randstreifenbegrünungen auf Feldern zur Unterstützung der Tierwelt wie z.B. Bienen und viele andere Projekte sind ohne freiwillige HelferInnen nicht möglich.

Der Klimawandel ist auch bei uns angekommen. Die Winter sind zu mild. Das begünstigt unter anderem den Borkenkäfer. Zusätzlich hat es in den letzten Jahren zu wenig geregnet. In unseren Wäldern entstehen viele Freiflächen, weil Bäume absterben und umfallen. Diese Freiflächen sollten durch Wiederaufforstung mit klimaresistenten Baumarten oder dem Anlegen von Habitaten/Biotopen für gefährdete heimische Tierarten vor der Verwitterung geschützt werden.

Strom ist aus unserem heutigen Leben nicht mehr wegzudenken. Luftverschmutzende Kohlekraftwerke und ganze Landschaften zerstörenden Kohletagebau gibt es hier nicht (mehr). Atomkraftwerke und deren Endlager die u.a. das Grundwasser gefährden sind weit weg. Besondere Öl- und Gasvorkommen wurden hier noch nicht entdeckt.

Was also ist unser Beitrag zur Energieversorgung? Solaranlagen können in Privathaushalten den Stromverbrauch senken. Unsere wirkliche Ressource ist jedoch der Wind! Windkraftanlagen können in erheblichem Masse zur Stromversorgung beitragen. Sobald es in Zukunft bessere Stromerzeugungsarten gibt, können sie ohne größere Spuren zu hinterlassen wieder abgebaut werden. Ressourcen wie Wind, Wasser, Luft gehören allen. Auch der Anblick der Windkraftanlagen betrifft alle Menschen. Deshalb sollten die meisten Windräder auf städtischem Gelände stehen, um die Einnahmen aus den Windparks der Allgemeinheit zugutekommen zu lassen.

Wir leben in einem wasserreichen Landstrich. Das Trinkwasser teilen wir schon über Jahrhunderte solidarisch mit dem Rhein-Main-Gebiet. Wasser wird aber auch bei uns immer knapper, sodass die Zeiten, in denen kein Wasser mehr aus den Bächen entnommen werden darf, immer länger werden. Wasser- und Stromeinsparmöglichkeiten wie Balkonsolaranlagen, Regen- bzw. Brauchwassernutzung sollten bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern durch z.B. einen Flyer publik gemacht werden. Die dort aufgezeigten Einsparmöglichkeiten sollten möglichst unbürokratisch und ohne Behördengänge umsetzbar sein. Dies könnte z.B. durch Angebotspakete, die die Stadt zusammen mit den zuständigen Versorgungsbetrieben schnürt, erreicht werden.

Wenn wir vor Ort mit gutem Beispiel vorangehen, können wir z.B. vom Rhein-Main-Gebiet leichter Wassereinsparbemühungen einfordern und sollten dies auch tun.

Wir als Sozialdemokraten setzen uns dafür ein:

- Ausarbeitung von Leitungspaketen zur Errichtung von steckfertigen Mini-Photovoltaik-Anlagen in Kooperation von Kommune und lokalem Energieversorger
- Kommunale Konzepte für eine leicht umsetzbare Regen-Brauchwasser-Nutzung
- Nachhaltige Wiederaufforstung von brachliegenden Waldflächen
- Bestellung eines „Waldbeauftragten“ / Wiedereinstellung /-ausbildung von Waldarbeitern
- Förderung von Waldpatenschaften

3.2 Tourismus

Die Verknüpfung von Natur und achtsamen Tourismus gilt es weiter voranzutreiben. Unsere in den letzten Jahren liebevoll angelegten Biotop sollen erhalten und wo es möglich ist ausgebaut werden. Der Ausbau barrierefreier Wege und Rastplätze an Standpunkten wo in die Natur möglichst wenig eingegriffen werden muss, dient den Menschen zur Erholung und Naturbeobachtung.

Zu bedenken ist auch, dass Menschen nicht nur achtsame Wanderer, sondern auch z.B. Skater und Mountainbiker sind, deren Tatendrang durch entsprechende Angebote (ausgeschilderte Routen) naturverträglich gelenkt werden kann. Des Weiteren sollend die Bemühungen zur Ausrichtung der Landesgartenschau 2027 fortgeführt werden. Siehe hierzu auch Handlungsfeld Wirtschafts-förderung und Regionalentwicklung.

4. Handlungsfeld Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung

Spätestens mit den Auswirkungen der Pandemie auf die verschiedensten Lebensbereiche der Menschen ist deutlich geworden, dass Wohnen, Leben, Arbeiten und Mobilität neu gedacht werden muss und die dafür erforderliche Strukturen geschaffen werden müssen.

Das Auspendeln einer großen Zahl von Beschäftigten aus unseren ländlichen Kommunen in die Büros im Ballungsraum Frankfurt, das damit verbundene enorme Verkehrsaufkommens mit der bekannten Belastung für unser Klima zu vermeiden, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Der Lockdown im Frühjahr 2020 hat gezeigt, was alles machbar ist, ohne den täglichen Weg zum Büro. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für ein wohnortnahe Arbeiten, außerhalb der häuslichen Wohnung geschaffen werden. Hier könnte ein Angebot von komplett (auch technisch) ausgestatteten Miet-Büros, also Regio-Offices statt oder zur Ergänzung von Home-Offices in bislang ungenutzten Industriegebäuden eine sinnvolle Lösung sein.

Dafür, aber auch für die in unseren Kommunen ansässigen Unternehmen wollen wir eine optimale Breitband- oder Glasfasernetzversorgung einfordern, damit ihnen keine Wettbewerbsnachteile entstehen oder sie zu einem Standortwechsel gezwungen werden. Wohnortnahe Arbeitsplätze sichern, neu schaffen oder ein zusätzliches Einkommen generieren, das sind auch die Chancen, die in der Direktvermarktung von eigenen Erzeugnissen - z.B. in Hofläden und auf Wochenmärkten – liegen.

Auch die Weiterentwicklung des touristischen Angebotes für Tages- und Übernachtungsgäste in unseren Kommunen und in der Region sichert Arbeitsplätze im Einzelhandel, im Gastgewerbe und schafft für Anbieter von Ferienwohnungen oder touristische Dienstleistungen (z.B. Fahrradverleih, Gästeführungen) zusätzliche Einkommen. Deshalb wollen wir einen umweltfreundlichen und ressourcenschonenden „sanften“ Tourismus in unseren Kommunen befördern und gleichzeitig ein attraktives Freizeitangebot für unsere Bevölkerung vorhalten. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Schwimmbäder, unsere Badeseen, unsere Museen und unsere Radwege dauerhaft Bestand haben und entsprechend unterhalten, gepflegt und ggfs. auch modernisiert und instandgesetzt werden.

Wir unterstützen die Bewerbung der 11 Städte und Gemeinden Oberhessens für die Landesgartenschau 2027, weil wir von diesem gemeinsamen Projekt einen deutlichen Schub für die touristische Entwicklung erwarten. Die vorgesehenen Verbesserungen der Infrastruktur und die damit verbundene Stärkung der Innenentwicklung der Orts-/Stadtteile sind eine wesentliche Voraussetzung dafür und sollen das Lebensumfeld für die Bevölkerung aufwerten. Deshalb wollen wir in einem intensiven Dialog mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern aller Altersgruppen unsere Ideen und Vorschläge einbringen.

Wir haben das Privileg, in einer Region, einem einzigartigen Naturraum leben zu dürfen und mit eigentlich nicht weiten Wegen zum Ballungsraum. Wegen des noch unzureichenden Angebotes im Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) von Bahn und Bus sind noch zu viele Menschen in unseren ländlichen Kommunen auf den Individualverkehr, ihr Auto angewiesen. Das ist nicht nur mit Blick auf die Umweltbelastung und die wegen überfüllter Straßen oft langen Fahrt zum Arbeitsplatz inakzeptabel. Das Erfordernis, zwei oder auch drei PKW's zu unterhalten ist auch eine wirtschaftliche Belastung für die Familien.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Menschen in unsere Orts-/und Stadtteile zu akzeptablen Zeiten und Taktungen ihre Wege zur Arbeit oder in die Kerngemeinde/Kernstadt mit dem Bus, Anruf-Sammeltaxi oder einem alternativen öffentlichen Verkehrsmittel zurücklegen können.

Flankierend könnte nach Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur auch ein Angebot von Car-Sharing (Dorfautos) und die Nutzung von E-Bikes (Leih- und Lastenbikes) eine Entlastung bringen.

Im Zusammenhang mit einer möglichen Landesgartenschau wird ein innovatives Mobilitätskonzept für unsere ländliche Region entwickelt werden müssen, von dem wir nachhaltige Impulse für die Zeit nach 2027 erwarten.